

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland**

**Vechta, Oldb, 1969-**

Alwin Hanschmidt: Das Ergebnis der Reichtags"wahl" von 1936 im Amt  
Vechta

**urn:nbn:de:gbv:45:1-5285**

## Das Ergebnis der Reichstags„wahl“ von 1936 im Amt Vechta

Am 7. März 1936, einem Samstag, ließ Hitler in einer Blitzaktion die entmilitarisierte Rheinlandzone durch deutsches Militär besetzen und brach damit Bestimmungen des Versailler Vertrages von 1919 und des Locarno—Vertrages zwischen Frankreich, Belgien und dem Deutschen Reich von 1925.<sup>1)</sup> In seiner Rede vor dem Reichstag am Mittag desselben Tages erklärte er die Rheinlandbesetzung so: „Im Interesse des primitiven Rechts eines Volkes auf Sicherung seiner Grenzen und zur Wahrung seiner Verteidigung hat daher die Deutsche Reichsregierung mit dem heutigen Tage die volle und uneingeschränkte Souveränität des Reiches in der demilitarisierten Zone des Rheinlandes wiederhergestellt.“<sup>2)</sup> In derselben Sitzung löste Hermann Göring als Reichstagspräsident den Reichstag mit folgender Begründung auf: „In der Absicht, dem deutschen Volk die Gelegenheit zu geben, der mit dem heutigen Tage abgeschlossenen Politik der Wiederherstellung der nationalen Ehre und Souveränität des Reiches, verbunden mit dem aufrichtigen Bestreben nach einer wahren Völkerversöhnung und Verständigung auf den Grundlagen gleicher Rechte und gleicher Pflichten, seine feierliche Zustimmung erteilen zu können, löse ich den Reichstag mit Ablauf des 28. März 1936 auf.“<sup>3)</sup>

Die Reichstags„wahl“ wurde auf den 29. März 1936 angesetzt. Zum Abschluß der Wahlkampagne, die eine Massenmobilisierung bewirkte, wie sie nur einem zugleich totalitären und kommunikationstechnisch höchst fortschrittlichen Staat möglich war, wurde der Vortag der Wahl als „Deutscher Volkstag für Ehre, Freiheit und Frieden“ begangen. Nach Aufmärschen, Glockengeläut und der Übertragung einer Rede Hitlers aus Köln über alle Rundfunksender sollten alle Deutschen auf Kommando das Lied „Herr, mach uns frei“ singen. Dieser Tag ist unter der Führung und dem Druck der NS—Parteiorganisationen auch im Oldenburger Münsterland begangen worden.<sup>4)</sup> Die „Oldenburgische Volkszeitung“ (Nr. 76 vom 30. März 1936) berichtete am Tag nach der Wahl folgen-

---

---

dermaßen darüber: „Jede Fahne des nationalsozialistischen Deutschlands, welche in den letzten Tagen über unsere Heimat wehte, der am Vorabend der Wahl auch in unserer Heimat aus vieltausend Herzen und Kehlen kommende Ruf ‚Herr, mach uns frei!, - ist Kunder gewesen des überwältigenden Bekenntnisses, welches auch das ganze Münsterland in freiem Entschluß am 29. März 1936 für Adolf Hitler, für ein freies, gleichberechtigtes und friedliebendes Deutschland ablegte.“

In dem mit „B.“ gezeichneten Artikel (Überschrift: „Die große Wahl im Lande Oldenburg“) wurde der Ausgang der „Wahl“, die tatsächlich nur eine „Ja“ oder „Nein“ ermöglichende Abstimmung war, im Oldenburger Münsterland mit folgenden Worten beschrieben und bewertet: „Hier im Landesteil Oldenburg ist das Treuebekenntnis zum Führer in allen Ämtern und Städten fast gleich und ubereinklingend gewaltig. Was besonders unsere engere Heimat, das Oldenburger Münsterland anbelangt, darf bei dieser Feststellung wohl berechtigt eine tiefe Freude durchklingen. Wir hatten hier - das sei freimütig bekannt - eine Schuld einzulösen! Und diese Schuld ist - auch das zu sagen, ist wohl nicht unbescheiden - am 29. März 1936 beglichen worden! Man sagt, und gewiß nicht mit Unrecht, der Münsterländer sei konservativ - konservativ im guten Sinne. Zähe und beharrlich hält er am Althergebrachten fest; hat er aber erst einmal das Neue als gut und richtig erkannt, dann ist Verlaß auf ihn. Auch in unserer Heimat hat sich der Führer die Herzen erobert.“

Nach dem Augenschein der in derselben Zeitungsnummer mitgeteilten Abstimmungsergebnisse stimmte diese Einschätzung. Das Gesamtergebnis im Landesteil Oldenburg lautete demnach:

„Für die Liste und damit für den Führer	300.919
Gegen die Liste und ungültig	3.603
Abgegebene Stimmen	304.522
Wahlberechtigte	307.768
Das gibt in Prozenten ausgezählt für die Liste und damit für den Führer	98,8 Prozent.“

Für das Amt Cloppenburg wurde als Gesamtergebnis angegeben:

“Für die Liste und damit für den Führer	35.146
Gegen die Liste und ungültig	465
Abgegebene Stimmen	35.602
Wahlberechtigte	35.916
Das gibt in Prozenten ausgezählt für die Liste und damit für den Führer	98,7 Prozent.“

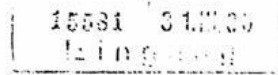
---

Geheimes Staatspolizeiamt.

Oldenburg, den 30. März 1936.

P 1162.

Betrifft:  
Monatsberichte für den Monat März 1936.



Ich erinnere an die pünktliche Übersendung des Monatsberichts für März 1936. (Termin: 1.4.1936).

Über die Wahlergebnisse ist in einer Sondermeldung zu berichten, da der Politische Polizeikommandeur der Länder die Absicht hat, einen besonderen Gesamtbericht herauszugeben. Die Berichte über die Wahl sind bis spätestens 12. April 1936 hierher einzusenden.

In der Sondermeldung ist anzugeben, welche Kreise oder welche Personen vermutlich gegen die Liste und damit gegen den Führer gestimmt haben (aktive KPD-, SPD.-Männer oder reaktionäre frühere Stahlhelmer, ernste Bibelforscher, Vertreter des politischen Katholizismus usw.).

Weiter ist anzugeben, in welchen Kreisen diejenigen Personen zu suchen sind, die der Wahl ganz fern geblieben sind.

Ferner ersuche ich um Äusserung, auf was für Einflüsse (evtl. auf wessen) es zurückzuführen ist, dass in verschiedenen Stimmbezirken bzw. Gemeinden (z.B. Stadt Oldenburg, Stimmbezirk 21 und 23, Ganderkesee, Emstek, Cappeln, Goldenstedt, Visbek usw.) eine bedeutend über den Durchschnitt hinausgehende Anzahl ungültige und Nein-Stimmen abgegeben worden sind.

I. A.  
gez. Müller.

Beglaubigt:

*Müller*  
Verwaltungssekretär.

S o f o r t !

A n

- a) die Staatspolizeistellen,
- b) die Politischen Polizeien,
- c) die Herren Amtshauptleute.

Fundort: Kreisarchiv Cloppenburg, Bestand Amt Cloppenburg, Reichstagswahl 1936



---

Für das Amt Vechta schließlich wurde als Gesamtergebnis genannt:

„Für die Liste und damit für den Führer	28.348
Gegen die Liste und ungültig	535
Abgegebene Stimmen	28.883
Wahlberechtigte	29.118
Das gibt in Prozenten ausgezählt für die Liste und damit für den Führer	98,2 Prozent.“

Errechnet man aus diesen Zahlen noch die Wahlbeteiligung, so betrug diese im ganzen Landesteil Oldenburg 98,9 %, im Amt Cloppenburg 99,1 % und im Amt Vechta 99,2 %.

Die in der Presse veröffentlichten Ergebnisse konnten sowohl hinsichtlich der fast lückenlosen Wahlbeteiligung als auch bezüglich der „für die Liste und damit für den Führer“ angeblich abgegebenen Stimmen den Eindruck erwecken, als gälte auch für das Münsterland so gut wie uneingeschränkt, was der bereits zitierte Berichterstatter in seinem letzten Satz in Form eines Treuebekenntnisses ausdrückte: „Führer, wir folgen Dir, immer und überall!“.

Entsprach dieser absichtsvoll vermittelte Eindruck der Wirklichkeit? Stimmt die der Öffentlichkeit dargebotenen Zahlen? Ein Sonderbericht des Amtshauptmanns des Amtes Vechta über die Wahl vom 29. März 1936, den dieser am 6. April 1936 an das Geheime Staatspolizeiamt in Oldenburg gerichtet hat, ermöglicht für die Gemeinden des Amtes eine Beantwortung dieser Fragen.<sup>5)</sup>

Die in der Zeitung veröffentlichten Ergebnisse der Gemeinden des Amtes Vechta<sup>6)</sup> (wie ebenso des Amtes Cloppenburg) unterschieden nur drei Kategorien von Stimmen: die abgegebenen Stimmen insgesamt, die Stimmen „für die Liste und damit für den Führer“ und schließlich die Stimmen „gegen die Liste und damit ungültig“. Diese Stimmenzahlen sind in der *Tabelle 1* zusammengestellt, wobei die Prozentzahlen der positiv gewerteten Stimmen errechnet sind.

Diese Zahlen meinte der im Auftrage des Amtshauptmanns handelnde Berichterstatter offenkundig, wenn er seinen Bericht mit folgender Feststellung einleitete: „Die Wahl ist objektiv gesehen sehr gut ausgefallen. Bei einer Wahlbeteiligung von 99,26 % hat der Führer 98,2 % der Stimmen auf sich vereinigt. Dies ist ein Ergebnis, das sich selbst die größten Optimisten nicht zu erträumen wagten, zumal ja bei der letzten Volksabstimmung vom 19. 8.

---

**Tabelle 1:** *Veröffentlichte Ergebnisse der Reichstags„wahl“ vom 29. 3. 1936*

Gemeinde	Abgegebene Stimmen	„Für die Liste und damit für den Führer“ a) absolute Zahlen b) v.H. der abgegebenen Stimmen	„gegen die Liste ungültig“
Vechta	4166	a) 4089 b) 98,2 %	77
Goldenstedt	2906	a) 2798 b) 96,3 %	108
Visbek	2590	a) 2472 b) 95,4 %	118
Bakum	3271	a) 3239 b) 99,0 %	32
Lohne	4399	a) 4333 b) 98,5 %	66
Dinklage	2997	a) 2966 b) 99,0 %	31
Steinfeld	2273	a) 2263 b) 99,5 %	10
Damme	3557	a) 3474 b) 97,7 %	83
Neuenkirchen	2724	a) 2714 b) 99,6 %	10
Amt Vechta	28883	a) 28348 b) 98,2 %	535

(Quelle: Oldenburgische Volkszeitung Nr. 76 vom 30. März 1936)

1934 im hiesigen Amtsbezirk ein niederdrückendes Ergebnis zu Tage trat.“

Bei der Volksabstimmung am 19. August 1934, bei der es um „Ja“ oder „Nein“ zur Vereinigung des Amtes des Reichspräsidenten (nach dem Tode Hindenburgs am 2. August 1934) mit demjenigen des Reichskanzlers in der Person Adolf Hitlers ging, hatten im Amt Vechta bei einer Beteiligung von 95,8 % nur 69,71 % der Stimmberechtigten mit Ja gestimmt; 20,12 % waren Nein-Stimmen, 5,97 % ungültig. Dies war das schlechteste Ergebnis im Landesteil Oldenburg mit durchschnittlich 81,54 % Ja-Stimmen bei einer Beteiligung von 95,31 %. Das zweitschlechteste Ergebnis hatte das Amt Cloppenburg.<sup>7)</sup>

---

Verglichen mit diesem „niederdrückenden Ergebnis“ von 1934 konnte das der Öffentlichkeit mitgeteilte Ergebnis von 1936 aus der Sicht der NSDAP und des Regimes mit Recht als ein „objektiv gesehen“ sehr gutes Ergebnis bezeichnet werden.

Tatsächlich aber war dies, was die angeblichen 98,2 % der Stimmen für den Führer angeht, ein geschöntes, ein manipuliertes, ein gefälschtes Ergebnis. Dieser hohe Grad an Zustimmung war dadurch zustande gekommen, daß zu den ausdrücklichen Ja-Stimmen „die sogenannten weißen Stimmzettel“ hinzugezählt worden waren, „die auf Grund der ministeriellen Anordnung als Jastimmen angesehen wurden“, wie es an anderer Stelle des Berichtes heißt.<sup>7a)</sup> Wenig weiter führte der Berichterstatter im Hinblick auf die Bewertung der Stimmenzahlen in den einzelnen Gemeinden aus: „In Folgendem bringe ich die ‚weißen Stimmzettel‘ bei der prozentualen Berechnung als ‚Nichtzustimmend‘. Damit will ich nicht zum Ausdruck bringen, daß ich diese Stimmen als bewußt ungültig abgegebene Stimmen ansehe, sondern nur einmal das ‚schlechteste‘ Ergebnis errechnen.“

Indem der Berichterstatter entgegen der offiziellen Weisung die Stimmzettel, die nicht ein ausdrückliches „Nein“ aufwiesen oder eindeutig ungültig waren, nicht den Ja-Stimmen zuschlug, sondern die Kategorie der „Nichtzustimmung“ einführte und dieser die „weißen Stimmzettel“ zusammen mit den Nein-Stimmen zuordnete, dürfte er der wirklichen Aussageabsicht derjenigen, die Stimmenthaltung durch Nichtkennzeichnung der Stimmzettel geübt hatten, näher gekommen sein, als es durch die ministeriell angeordnete Vereinnahmung „für die Liste und damit für den Führer“ geschah.<sup>7b)</sup>

In der vorsichtigen Form eines gewissermaßen hypothetisch-experimentellen Rechenexempels versuchte der Berichterstatter der Geheimen Staatspolizei und durch diese der Partei- und Staatsführung in Oldenburg ein einigermaßen wirklichkeitsgetreues Bild vom Abstimmungsausgang im Amte Vechta zu vermitteln. Dieses Bild wies in einigen Gemeinden einen Grad an Nichtzustimmung auf, der nicht nur von den Erwartungen der Partei, sondern auch von der andernorts vorfindlichen „Normalität“ erheblich abwich.

Der Berichterstatter korrigierte für den parteiinternen Gebrauch die „verbessernde“ Manipulation des Ergebnisses, das der Öffentlichkeit in propagandistischer Absicht mitgeteilt worden war, indem er am Schluß seines Berichtes neben der Zahl der Stimme-

---

**Tabelle 2:** Angaben zum „Wahl“ergebnis im Bericht des Amtshauptmanns vom 6. April 1936

Gemeinde	Stimmbe- rechtigte	Nichtwähler	weiße Stimm- zettel	Nein- stimmen
Vechta	4170	3	206	78
Goldenstedt	2938	30	321	109
Visbek	2610	20	251	118
Bakum	3287	16	221	32
Lohne	4452	53	248	65
Dinklage	3048	51	134	31
Steinfeld	2273	—	76	10
Damme	3557	—	178	83
Neuenkirchen	2779	56	109	10
Amt Vechta	29114	229	1744	536

rechtigten diejenige der Nichtwähler, der „weißen Stimmzettel“ und der Nein-Stimmen für jede Gemeinde aufführte. Diese sind hier zusammengestellt in *Tabelle 2*.<sup>8)</sup>

Durch Zusammenfassung der „weißen Zettel“ (1744) und der Neinstimmen (536) kam der Berichterstatter auf „2.280 = 7,8 % Nichtzustimmend, wenn man die weißen Zettel nicht als Zustimmung ansieht“. Mit dieser Feststellung endet der Bericht.

Die veröffentlichte Zustimmung von 98,2 % verringerte sich für das Amt Vechta somit auf tatsächliche 92,1 % der abgegebenen Stimmen. Gegenüber den 72,6 % Ja-Stimmen der abgegebenen Stimmen von 1934 mußten auch diese 92,1 % der Partei und den Behörden als ein erfreulicher Fortschritt erscheinen.

Nimmt man die in dem Bericht angegebenen Zahlen als Ausgangsgrößen und errechnet von ihnen her die Zahlen weiterer Kategorien des Abstimmungsergebnisses, bestimmt man des weiteren die Prozentzahlen, so läßt sich das vollständige und zutreffende Ergebnis darstellen, wie es in *Tabelle 3* geschieht.

Der Bericht des Amtshauptmanns belegt durch die zahlenmäßige Erfassung der Nichtzustimmung die Manipulation der veröffentlichten Ergebnisse. Das aber war nicht seine eigentliche Absicht. Diese zielte vielmehr auf eine Interpretation, d.h. eine Erklärung und Beurteilung des wirklichen Abstimmungsergebnisses. Die



**Tabelle 3: Ergebnis gemäß dem Bericht des Amtshauptmanns vom 6. 4. 1936**

Gemeinde	Stimmbe- rechtigte (angege- ben)	a) abgegebene Stimmen (errechnet) b) v.H. der Stimmbe- rechtigten	a) gültige Ja- Stimmen (errechnet) b) v.H. der abgegebenen St.	a) gültige Nein- stimmen (angegeben) b) v. H. der abgege- benen St.	gültige Stim- men ins- gesamt (errechnet)	a) „weiße Stimm- zettel“ - ungültige Stimmen (angegeben) b) v. H. der abgegeb. St.	Nicht- wähler (angegeben)
Vechta	4170	a) 4167 b) 99,93 %	a) 3883 b) 93,18 %	a) 78 b) 1,87 %	3961	a) 206 b) 4,94 %	3
Goldenstedt	2938	a) 2908 b) 98,98 %	a) 2478 b) 85,21 %	a) 109 b) 3,75 %	2587	a) 321 b) 11,04	30
Visbek	2610	a) 2590 b) 99,23 %	a) 2221 b) 85,75 %	a) 118 b) 4,56 %	2339	a) 251 b) 9,69 %	20
Bakum	3287	a) 3271 b) 99,51 %	a) 3018 b) 92,27 %	a) 32 b) 0,98 %	3050	a) 221 b) 6,76 %	16
Lohne (Stadt u. Land)	4452	a) 4399 b) 98,81 %	a) 4086 b) 92,88 %	a) 65 b) 1,48 %	4151	a) 248 b) 5,64 %	53
Dinklage	3048	a) 2997 b) 98,33 %	a) 2832 b) 94,49 %	a) 31 b) 1,03 %	2863	a) 134 b) 4,47 %	51
Steinfeld	2273	a) 2273 b) 100,0 %	a) 2187 b) 96,22 %	a) 10 b) 0,44 %	2197	a) 76 b) 3,34 %	-
Damme	3557	a) 3557 b) 100,0 %	a) 3296 b) 92,66 %	a) 83 b) 2,33 %	3379	a) 178 b) 5,00 %	-
Neuenkirchen	2779	a) 2723 b) 97,98 %	a) 2604 b) 95,63 %	a) 10 b) 0,37 %	2614	a) 109 b) 4,00 %	56
Amt Vechta	29114	a) 28885 b) 99,21 %	a) 26605 b) 92,11 %	a) 536 b) 1,86 %	27141	a) 1744 b) 6,04 %	229

darauf ausgerichteten Darlegungen umfassen den größten Teil des Berichtes. Sie gehen in einigen Fällen bis zu den Stimmbezirken hinunter und ermöglichen so Einblicke in unterschiedliches „Wahlverhalten“ sogar innerhalb einzelner Gemeinden. Die einschlägigen Passagen seien hier wörtlich wiedergegeben.

„An weitaus bester Stelle steht im Amtsbezirk die Gemeinde Steinfeld. Bei einer 100 %igen Wahlbeteiligung (2273 Stimmen) nur 10 Neinstimmen.<sup>8a)</sup> Es folgt dann die Gemeinde Neuenkirchen, sie hat auch nur 10 Neinstimmen zu verzeichnen; sie weist allerdings bei 2779 Berechtigten 56 Nichtwähler auf.

Recht gut ist das Ergebnis von Lohne—Land mit nur 16 Neinstimmen bei 2127 Wählern. (45 Personen sind nicht zur Wahl erschienen). Gleichfalls gut ist Bakum, das bei 3287 Wählern nur 32 Neinstimmen bei 16 Nichtwählern aufzuweisen hat.

Bemerkenswert ist in diesem Wahlbezirk, daß 2 Stimmbezirke, nämlich Vestrup und Lüsche, 100 %ig für den Führer gestimmt haben bei 100 %iger Wahlbeteiligung, obgleich diese beiden Bezirke im August 1934 sehr viel Neinstimmen aufzuweisen hatten.

(Lüsche bei 300 Stimmen 112 Nein- u. ungültige Stimmen

Vestrup bei 240 " 72 " " " " " ).

Über Vechta, Dinklage, Lohne—Stadt ist bemerkenswertes nicht zu sagen. Damme hat sich im Verhältnis zu den übrigen Gemeinden und zur Wahl August 1934 verschlechtert. Während Damme 1934 noch den Reichsdurchschnitt gehalten hat, ist es jetzt unter 98 % Jastimmen bei 100 %iger Wahlbeteiligung gesunken. Rechnet man dann zu diesen Neinstimmen noch die sogenannten weißen Stimmzettel (178), die auf Grund der ministeriellen Anordnung als Jastimmen angesehen wurden, so hat sich Damme erheblich verschlechtert; es ergibt dies 7,2 % „Nichtbejahung“. Dabei ist hierbei besonders hervorzuheben, daß gerade die Ortschaft Damme (Bezirk I) sich im Verhältnis zu den andern verschlechtert hat, während Osterfeine (Bezirk III) sich erheblich gebessert hat.

Worauf die Verschlechterung in Damme zurückzuführen ist, läßt sich mit Bestimmtheit nicht sagen. Es wird aber vermutet, daß ein recht unglückliches Auftreten zweier politischen Leute in Judenfragen die Bevölkerung erheblich erbost hat und daß es hierdurch zu einer solchen Abstimmung gekommen ist.

In Folgendem bringe ich die „weißen Stimmzettel“ bei der prozentualen Berechnung als „Nicht-zustimmend“. Damit will ich nicht zum Ausdruck bringen, daß ich diese Stimmen als bewußt ungültig abgegebene Stimmen ansehe, sondern nur einmal das „schlechteste“ Ergebnis errechnen.

Visbek ist besonders schlecht ausgefallen.<sup>9)</sup> Es fehlen von 2610 Wahlberechtigten allerdings nur 20. Es sind bei den abgegebenen Stimmen 118 Neinstimmen gefunden worden.

Zur Erklärung führe ich die einzelnen Stimmbezirke mit Wahlergebnis an.

#### Stimmbezirk

I Endel u. Umgebung	bei 801	Wahlberech.	27 Neinst.	wenig weiße Zettel
II Endel, Hogenbögen	" 855	"(843 Wähler)	29 "	168 " "
III Rechterfeld	" 432	" (432 Wähler)	50 "	31 " "
IV Erlte, Hagstedt	" 504	" (504 Wähler)	11 "	wenig " "
V Krankenhaus	" 18	" (18 ")	1 "	" " "

---

Mit den weißen Stimmzetteln ergibt dieses bei 2610 Wahlberechtigten 369 Nichtzustimmende = 14,2 %.

Aus dem Rahmen fallen also die beiden Stimmbezirke II und III. Beide Bezirke sind benachbart und scheinen sich gegenseitig beeinflußt zu haben.

Der Stimmbezirk II hat, wenn man die weißen Stimmzettel als Nichteinverständnis nimmt, bei 855 Wahlberechtigten 29 + 168 nichtzustimmend = rd. 22,9 %.

Bei Stimmbezirk III ist das Verhältnis 432 ./ 50 + 31, also nichtzustimmend rd. 18,8 %.

Hier kann als Grund der Einfluß des abgesetzten Bezirksbauernführers Albers, Hogenbögen<sup>10)</sup>, angenommen werden, und zwar nicht in der Form, daß dieser nun unmittelbar zu einer Wahlsabotage aufgerufen hätte. Die Grundstimmung hat er aber mit seinen Redereien sehr stark verschlechtert. Er scheint dieses sein Meckern aber auf das religiöse Gebiet geschoben zu haben.

Als Beweis möge eine Elternversammlung in Rechterfeld dienen. Bei dieser Versammlung, die von dem Hauptlehrer Hillen<sup>11)</sup> kurz vor der Wahl einberufen worden ist, sollen sich ca. 20 Personen geweigert haben, beim Deutschlandlied und Horst-Wessel-Lied die Hand zu erheben und aufzustehen. Bei diesen Kreisen soll es sich um religiös stark interessierte Personen handeln. Außerdem schwebt noch ein Verfahren gegen ein paar Hogenbögener wegen Beleidigung der Gemeindebehörde.

Nachrichtlich wird weiter bemerkt, daß in Rechterfeld 12 Hamburger Notstandsarbeiter abgestimmt haben.<sup>12)</sup>

In der Gesamtheit gesehen, hat Goldenstedt ebensowenig wenn nicht schlechter abgeschnitten.<sup>13)</sup> Neben 108 Neinstimmen sind 321 weiße Stimmzettel abgegeben. Das ergibt bei 2938 Wahlberechtigten rd. 14,6 % nichtzustimmend. Nach der bisherigen Berechnung ergibt dieses für die einzelnen Stimmbezirke:

Stimmbezirk

I Ellenstedt	bei 402 Berech.	45 Nichtzust. = rd. 10 % (davon 4 Neinst.)
II Ambergen	bei 281 Berech.	57 Nichtzust. = rd. 20,4 % (davon 24 Neinst.)
III Einen	bei 123 Berech.	4 Nichtzust. = rd. 3 % (davon 4 Neinst.)
IV Goldenst. N.	bei 735 Berech.	129 Nichtzust. = rd. 26 % (davon 35 Neinst.)
V Gold.-Heide	bei 302 Berech.	78 Nichtzust. = rd. 26 % (davon 12 Neinst.)
VI Varenesch	bei 348 Berech.	4 Nichtzust. = rd. 1,1 % (davon 1 Neinst.)

---

---

VII Lutten	bei 710 Berech.	113 Nichtzust. = rd. 15,9 % (davon 29 Neinst.)
------------	-----------------	---

Die Ursachen hierfür sind keineswegs einheitlich. Während man das Ergebnis aus I und II wahrscheinlich auf die unheilvolle Tätigkeit des früheren Gemeindevorstehers und Landvolkparteilers Johannes Meyer<sup>14)</sup> zurückführen muß, ist der Grund in IV und V wohl zum Teil auf die große Zahl der Kommunisten und deren Anhänger in Goldenstedt und Goldenstedt-Heide zurückzuführen.<sup>15)</sup> Zum kleinen Teil führt man die Stimmung auf die Tätigkeit des aus Peheim ausgewiesenen, jetzt in Goldenstedt wohnenden Vikars zurück.<sup>16)</sup>

Lutten war auch der Bezirk, der 1934 mehr als 50 % Neinstimmen aufzuweisen hatte.“

Bei der Beurteilung der Ergebnisse hat der Berichterstatter nicht überall die gleichen Maßstäbe angelegt. Anfangs (bei Steinfeld, Neuenkirchen, Lohne-Land, Bakum) berücksichtigte er nur die Zahl der ausdrücklichen Nein-Stimmen und die Nichtwähler, um ein Ergebnis als gut zu bewerten. Dies dürfte auch für Vechta, Dinklage und Lohne-Stadt gelten, deren Ergebnisse ihm als nicht bemerkenswert erschienen. Vergleicht man die Ergebnisse dieser Gemeinden, so lag die empfindliche Marke anscheinend bei einem Ja-Stimmen-Anteil von etwa 93 %. War dieser Anteil merklich geringer, so wurde das als ein schlechtes Ergebnis klassifiziert.

Allerdings wäre dann auch Bakum mit nur 92,27 % hier einzuordnen gewesen, da es unter Damme (92,66 %) lag, dessen Ergebnis als bedenklich bezeichnet wurde. Anscheinend war es bei Damme aber vor allem die Verschlechterung des Ergebnisses im Vergleich zur Volksabstimmung vom 19. August 1934, die Aufmerksamkeit erregte und den Berichterstatter die Kategorie der „Nichtbejahung“ einführen ließ, die die „weißen Stimmzettel“ den Nein-Stimmen zuordnete.

Alarmierende Ergebnisse wiesen gemäß dem Bericht Visbek („besonders schlecht“) und Goldenstedt („ebensowenig wenn nicht noch schlechter“) mit ihren vergleichsweise sehr geringen Ja-Stimmen-Anteilen von 85,75 % bzw. 85,21 % auf. Bei der Suche nach den Ursachen für diesen extrem niedrigen Zustimmungsgang der Berichterstatter bei diesen beiden Gemeinden mit den Ergebniszahlen bis auf die Ebene der Stimmbezirke hinunter. Dabei wurden erhebliche Unterschiede sichtbar. So gab es in Visbek bei einer durchschnittlichen Nichtzustimmung von 14,2 % einen Stimmbezirk mit 22,9 % Nichtbejahung, in Goldenstedt bei

---

---

durchschnittlicher Nichtzustimmung von 14,6 % sogar einen Stimmbezirk mit ca. 26 % Ja-Stimmen-Verweigerung.

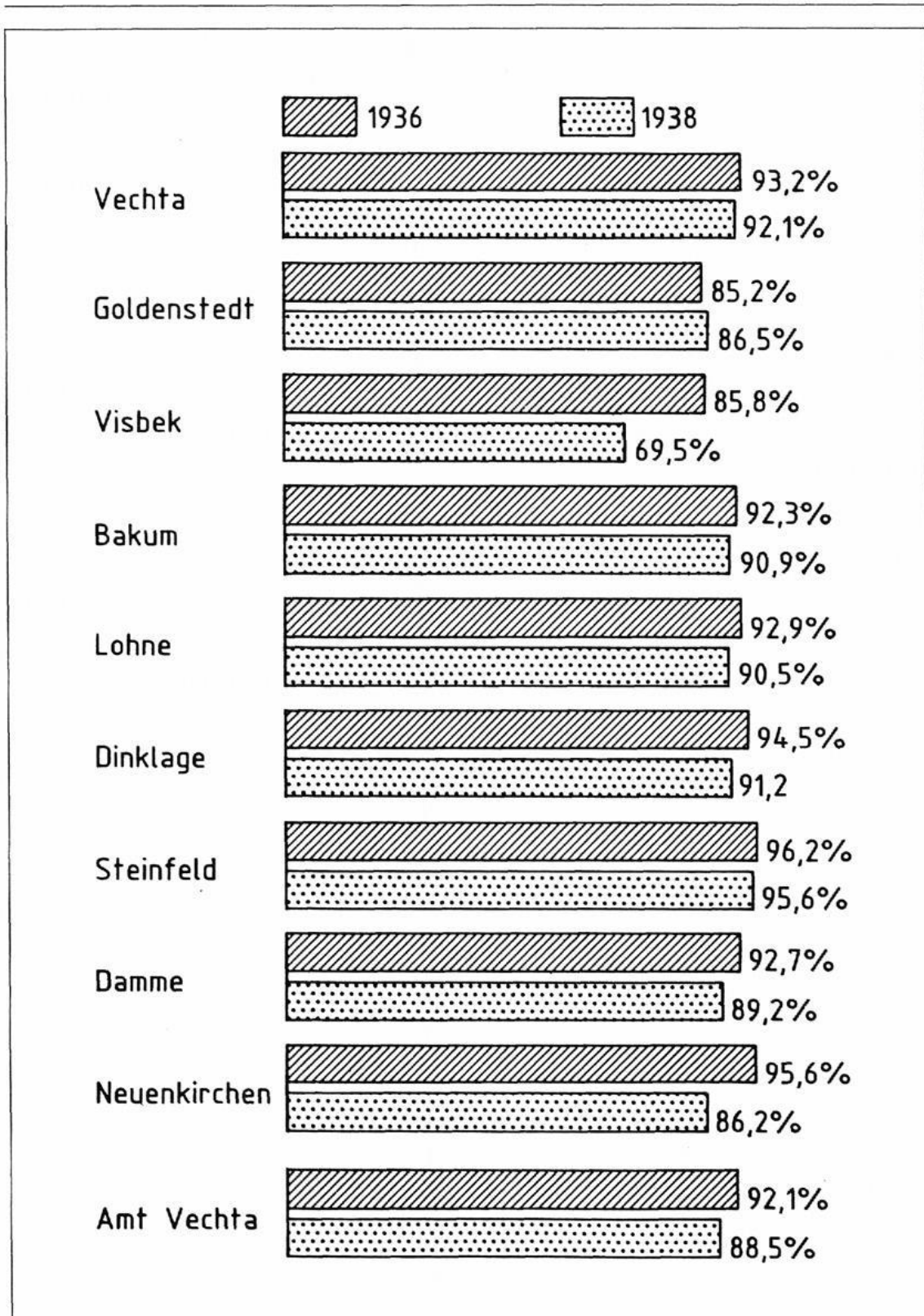
Die Ursachen für die auffallend hohen Nichtzustimmungsraten in einzelnen Stimmbezirken, die größtenteils mit Bauerschaften in den Gemeinden übereinstimmten, waren nach Auffassung des Berichterstatters verschieden. Einesteils liege der Grund beim Einfluß einzelner Personen (Albers in Hogenbögen; Meyer und Pfarrer Engels in Goldenstedt). Aber auch bestimmte Personengruppen (frühere kommunistische Wähler in Goldenstedt) hatte der Berichterstatter als Zustimmungsverweigerer in Verdacht.

Auch Reibereien mit der Gemeindebehörde (Hogenbögen) oder „unglückliches Auftreten“ von Parteivertretern (Damme) wurden als Motive für Mißstimmung vermutet. Schließlich nannte er „das religiöse Gebiet“, „religiös stark interessierte Personen“ (Visbek), als einen Motivationsbereich, bei dem sich Verweigerung mit dem Stimmzettel oder gar durch offene Demonstration (wie bei der Schulelternversammlung in Rechterfeld) aus der durchweg festen kirchlichen Bindung und Überzeugung der Mehrheit der Bevölkerung speisten. Ein gutes halbes Jahr später im November 1936 erbrachte der „Kreuzkampf“ den offenen und in der akuten Situation auch wirksamen Beweis für diese kirchlich-religiöse Verankerung des Selbstverständnisses und des Selbstbehauptungswillens der Münsterländer.<sup>17)</sup>

So dürfte die Oldenburger Gestapo die Lage im Münsterland in einem Bericht vom 8. April 1936 zutreffend beurteilt haben, wenn sie schrieb: „Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen ist ein allzu scharfes Vorgehen gegen staatsfeindliches Verhalten verschiedener katholischer Vereine und einzelne katholische Geistliche vermieden worden. Wenn auch ein großer Teil der Katholiken im südlichen Oldenburg für den Führer gestimmt hat, so bezieht sich das in der Hauptsache auf die Außenpolitik. Die bekannten innerpolitischen Beanstandungen in Form von versteckten Angriffen bleiben nach wie vor bestehen.“<sup>18)</sup>

Wirft man einen Blick auf die Reichstags„wahlen“ und Volksabstimmungen vom 12. November 1933, 19. August 1934 und 10. April 1938, so stellte das Ergebnis von 1936 den Höhepunkt der Zustimmung der wahlberechtigten Bevölkerung des Amtes Vechta dar. Bei der Reichstags„wahl“ vom 12. November 1933 betrug der Anteil der Ja-Stimmen für die Einheitsliste der NSDAP an den abgegebenen Stimmen 90,9 %<sup>19)</sup>, bei der Volksabstimmung vom 19. August 1934 lag der Ja-Stimmen-Anteil bei nur 72,6 %<sup>20)</sup>, was in dem Bericht des Amthauptmanns vom 6. April 1936, wie

---



*Anteil der Ja-Stimmen in v. H. an den abgegebenen Stimmen bei den Reichtags„wahlen“ bzw. Volksabstimmungen von 1936 und 1938 in den Gemeinden des Amtes Vechta*

---

bereits zitiert, als „ein niederdrückendes Ergebnis“ bezeichnet wurde, Den 92,1 % von 1936 folgten schließlich bei der Volksabstimmung vom 10. April 1938 88,5 %<sup>21)</sup>. Mit einer einzigen Ausnahme war in allen Gemeinden des Amtes Vechta der Zustimmungsgrad, wenn auch meistens nur geringfügig, zurückgegangen, wie das vergleichende Schaubild von 1936 und 1938 zeigt. Besonders krass war der Rückgang in Visbek von 85,8 % auf 69,5 %. Auch in Neuenkirchen war er beträchtlich (von 95,6 % auf 86,2 %). Nach diesen beiden Gemeinden war Goldenstedt trotz der Zunahme 1938 mit seinen 86,5 % die Gemeinde mit dem drittniedrigsten Zustimmungsanteil.

Setzt man die Ergebnisse der Volksabstimmungen bzw. Reichstags„wahlen“ vom November 1933 bis April 1938 in Bezug zu den jeweiligen Abstimmungsgegenständen, so ergibt sich, daß die Zustimmung bei außenpolitischen Fragen (1933 Austritt aus dem Völkerbund, 1936 Rheinlandbesetzung, 1938 Anschluß Österreichs) deutlich höher ausfiel als bei innenpolitischen Materien (1934 Vereinigung des Amtes des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten). Dieses je nach politischem Gegenstand unterschiedliche Abstimmungsverhalten zeigte sich besonders auffällig am 12. November 1933: Bei der Volksabstimmung wurden durchweg mehr Ja-Stimmen gezählt als bei der gleichzeitigen „Wahl“ zum Einpartei - Reichstag.

Für die heutigen Verhältnisse in einer freiheitlichen Demokratie mit einem Mehrparteiensystem drücken die Ergebnisse der Reichstags„wahlen“ und Volksabstimmungen der 1930er Jahre einen kaum vorstellbar hohen Zustimmungsgrad aus. Um diesen angemessen beurteilen zu können, ist folgendes zu bedenken: „Um eine möglichst breite Zustimmung zu erreichen, pflegte Hitler die plebiszitären Abstimmungen an solche wehr- und außenpolitischen Ereignisse anzuhängen, von denen aus an das Nationalbewußtsein schlechthin appelliert werden konnte, ohne eine besondere nationalsozialistische Gesinnung anzusprechen: 1933 nach dem Austritt aus dem Völkerbund wegen des deutschen Anspruchs auf Gleichberechtigung Volksabstimmung und Reichstagswahl, 1936 nach der Wiederbesetzung des Rheinlandes Reichstagswahl, 1938 nach dem Anschluß Österreichs Volksabstimmung und Reichstagswahl. Es läßt sich nicht abschätzen, wie viele bei diesen Plebisziten etwa aus Überzeugung, aus allgemeinen nationalen Motiven, aus Mitläufertum oder bloßer Feigheit ihre Stimme abgegeben haben.“<sup>22)</sup>

Wenn hier Feigheit als ein mögliches Motiv für Zustimmung

---

Oldenburg, den 8. Mai 1936.

V e r t r a u l i c h !

Betrifft:  
[ Reichstagswahl vom 29. März 1936. ]

Jch ersuche um Feststellung und Bericht, welche der wahlberechtigten Personen der Wahl am 29. März d. Js. trotz nachweisbarer Aufforderung durch den Schleppdienst oder anderer Volksgenossen ferngeblieben sind. Für die Berichte ist das beigefügte Muster zu verwenden.

Es soll nicht unmittelbar gegen die Personen vorgegangen werden, jedoch ist es außerordentlich bedeutsam, diese Personen zu erfassen, die ihrer Wahlpflicht zu genügen trotz nachzuweisender Aufforderung böswillig unterlassen und dadurch eine staatsfeindliche Gesinnung an den Tag gelegt haben, und ihre Staatsfeindlichkeit in den hier geführten Personalakten schriftlich niederzulegen. Alte und kranke Leute, denen das Wählen nicht zugemutet werden konnte, sind fortzulassen. Aufzunehmen sind Gleichgültige und staatsfeindliche Personen.

Mit den Abstimmungsleitern und Beisitzern ist dieserhalb Verbindung aufzunehmen. Die politischen Leiter, SA-, SS-, NSKK-Männer und die übrigen Volksgenossen, die die sogenannten Schleppdienste verrichtet haben, sind in erster Linie als Zeugen heranzuziehen. Der Sachverhalt ist kurz (stichwortartig) schriftlich niederzulegen.

Die Feststellungen sind sofort in Angriff zu nehmen und mit besonderer Sorgfalt durchzuführen. Es darf kein Staub aufgewirbelt werden. Die Ermittlungen sind streng vertraulich zu führen. Die Nichtwähler sollen vorläufig nicht darüber vernommen werden.

Termin 15. Juni 1936.

Nach diesem Termin bekanntwerdende Fälle sind laufend nachträglich zu melden.

J.A.

gez. Hullmann.

Beglaubigt:

Verwaltungssekretär.

An

- a) die Staatspolizeistelle  
Rüstringen in Rüstringen,
- b) die Politischen Polizeien Oldenburg  
und Delmenhorst,
- c) die Herren Amtshauptleute.

Fundort: Kreisarchiv Cloppenburg, Bestand Amt Cloppenburg,  
Reichstagswahl 1936



---

genannt wird, so sind die bedrückenden Umstände der Überwachung in dem totalitären System zu berücksichtigen: „... die Scheu der Wähler, der Wahl fernzubleiben, um nicht schon dadurch bei der Partei unangenehm aufzufallen, und - besonders in kleinen Orten und Wahlbezirken - die Bedenken, mit „Nein“ zu stimmen, aus der Befürchtung heraus, hinterhet als „Verräter am Führer“ verdächtigt oder womöglich gar festgestellt zu werden. Nicht zu vergessen schließlich, daß den Wählern nur eine Kandidatenliste präsentiert wurde, nämlich die der NSDAP.“<sup>23)</sup> Es gehörte also Mut dazu, bei dem faktisch herrschenden Wahlzwang der Wahl fernzubleiben. Wer dies tat, mußte, besonders wenn er eine Person mit öffentlicher und damit potentiell auch meinungsbildender Funktion wie z. B. Geistlicher oder Lehrer war, mit Repressalien rechnen. Aus dem Jahre 1934 gibt es dafür mehrere Beispiele.<sup>24)</sup> Auch 1936 wurde die Erfassung von Personen, die durch ihr Fernbleiben von der Wahl „eine staatsfeindliche Gesinnung an den Tag gelegt haben“, von der Gestapo angeordnet.<sup>25)</sup>

Die hohe Wahlbeteiligung, die bei der Abstimmung von 1936 auch im Amt Vechta zu verzeichnen war (99,21 %), dürfte sich nicht zuletzt aus den vom Cloppenburg Amtshauptmann Münzebrock geschilderten Verhältnissen ergeben haben. Dies und die erwiesene Fälschung des veröffentlichten „Wahl“ergebnisses im Amt Vechta fügen sich ein in die Beurteilung, die der „Deutschland-Bericht der Sopade“ (= Sozialdemokratische Partei Deutschlands) aus Prag aufgrund zahlreicher Berichte aus den verschiedensten Gegenden des Deutschen Reiches der Abstimmung vom 29. März 1936 zuteil werden ließ:

- „1) Terror, Wahlbeeinflussung und Wahlfälschung haben diesmal ein Ausmaß erreicht wie nie zuvor. In unzähligen Fällen ist das Wahlgeheimnis in aller Offenheit aufgehoben worden, ganz zu schweigen von den tausendfältigen Methoden des Abstimmungszwanges und der Einschüchterung.
- 2) Insbesondere kann nach den folgenden Berichten kein Zweifel mehr darüber sein, daß die Wahlvorsteher eine allgemeine Anweisung erhalten haben, als Stimmen „gegen die Liste“ nur diejenigen Stimmzettel zu zählen, auf denen ausdrücklich das Wort „Nein“ stand, alle anderen - auch durchstrichene, zerrissene und unausgefüllte - galten als Ja-Stimmen.
- 3) Das Ergebnis dieser „Wahl“ wird nicht ernst genommen. 99 % für Hitler sind „zu viel gesiegt“. Sogar die Nationalsozialisten schweigen betreten. Die propagandistische Auswertung der

---

Abstimmung steht in keinem Verhältnis zu ihrer propagandistischen Vorbereitung.“<sup>26)</sup>

Die in Punkt 2 geäußerte Annahme ist durch den hier mitgeteilten Bericht vom 6. April 1936 für das Amt Vechta als zutreffend erwiesen.

#### **Anmerkungen**

- 1) Manfred Funke, 7. März 1936. Fallstudie zum außenpolitischen Führungsstil Hitlers. In: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Nationalsozialistische Außenpolitik. Darmstadt 1978, S. 277 - 324. - Zur außenpolitischen Situation im Jahre 1936: Alwin Hanschmidt, Rheinlandbesetzung - Olympische Spiele - Weltpolitisches Dreieck. Zur Außenpolitik und Selbstdarstellung des Dritten Reiches im Jahre 1936. In: Joachim Kuropka (Hrsg.), Zur Sache - Das Kreuz!. Vechta 1986, S. 206 - 215.
- 2) Zitiert nach: Manfred Overesch/Friedrich Wilhelm Saal, Chronik deutscher Zeitgeschichte. Politik, Wirtschaft, Kultur. Bd. 2/I: Das Dritte Reich 1933 - 1939. Düsseldorf 1982, S. 265.
- 3) Zitiert nach Overesch/Saal (wie Anm. 2) ebda.
- 4) Zur Wahlagitation im Amt Vechta: Andreas Kathe, Vor 50 Jahren: Die „Reichstagswahl“ vom 29. März 1936. Kreisleiter Heinrich Voss hielt Schulungskurse ab. Wie Hitlers „Friedenspolitik“ im Kreis Vechta propagiert wurde. In: Oldenburgische Volkszeitung 1. April 1986, S. 17.
- 5) Dieser Sonderbericht, der gemäß einer Verfügung vom 30. 3. 1936 - P 1162 - (siehe Abbildung auf S. 91) erstattet wurde, findet sich als Durchschlag im Kreisarchiv Vechta in der Akte betr. Reichstagswahl am 29. März 1936. Der Bericht war nicht vom damaligen Vechtaer Amtshauptmann, dessen Funktion bei manchen Unterschieden (er war Staats- und nicht Kommunalbeamter) in etwa dem heutigen Amt eines Oberkreisdirektors entsprach, Josef Haßkamp (1923 - 1938) selbst unterzeichnet worden, sondern „I.V.“ (= In Vertretung) von einem Beamten seiner Behörde. Entsprechende Berichte sind für die Gemeinden des Amtes Cloppenburg überliefert und ausgewertet von Joachim Kuropka, Cloppenburg als Ort des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. In: Beiträge zur Geschichte der Stadt Cloppenburg. Bd. 2. Cloppenburg 1987.
- 6) Durch die oldenburgische Verwaltungsreform von 1933 waren fünf bis dahin selbständige Gemeinden aufgelöst worden. Lutten war nach Goldenstedt, Langförden und Vestrup waren nach Bakum, Oythe nach Vechta und schließlich Holdorf nach Neuenkirchen eingemeindet worden. Die Einwohnerzahl des Amtes Vechta betrug im Jahre 1937 46.205. (Engelbert Hasenkamp, Die Geschichte der Verwaltungsformen im Bereich des heutigen Landkreises Vechta. In: Heimatchronik des Kreises Vechta. Köln 1976, S. 196 - 222; hier S. 213 f.).
- 7) Für das Amt Cloppenburg lauteten die Zahlen: Beteiligung 92,06 %; Ja 70,8 % der Stimmberechtigten; Nein 16,08 %; ungültig 5,18 %. - Alle diese Zahlen sind der Münsterländischen Tageszeitung (Cloppenburg) vom 20. 8. 1934 entnommen. - Bezieht man den Ja-Stimmen-Anteil nicht auf die Stimmberechtigten, sondern auf die abgegebenen Stimmen, so errechnet sich für das Amt Vechta ein Anteil von 72,6 %, für das Amt Cloppenburg von 75,7 %. Dieser Bezug auf die abgegebenen Stimmen ist wegen der Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen von 1933, 1936 und 1938 erforderlich.
- 7a) In einer Wahlinformation des Amtshauptmanns von Cloppenburg an die Bürgermeister vom 28. 3. 1936 hieß es entsprechend: „Die Abgabe eines unausgefüllten Stimmzettels ist bei dieser Wahl als Ja-Stimme zu werten.“ Dies war der Klartext dessen, was im amtlichen Formular „Abstimmungsniederschrift“ verklausuliert so ausgedrückt war: „Ein Stimmzettel ist nicht deshalb ungültig, weil der klare Wille des Abstimmenden auf andere Weise als durch Einsetzen eines Kreuzes in den Kreis bekundet ist oder weil der Stimmzettel keine Eintragung aufweist.“ (Beide Dokumente in: Kreisarchiv Cloppenburg,

- 
- Bestand Amt Cloppenburg, Akte betr. Reichstagswahl 1936).
- 7b) Der Cloppenburger Amtshauptmann erklärte in seinem Sonderbericht an das Geheime Staatspolizeiamt vom 20. 4. 1936 die Abgabe weißer Stimmzettel so: „Ein Teil dieser weißen Zettel mag aus Unkenntnis abgegeben sein. . . . Der größte Teil dieser weißen Zettel wird aber mit Absicht abgegeben sein. Ich nehme an, daß hierbei religiöse Bedenken ausschlaggebend gewesen sind. Es sind diejenigen Leute, die aus diesem Grunde sich mit der Abgabe eines Ja ihr Gewissen nicht belasten wollten, andererseits auch nicht ein Nein abzugeben wagten. Auf diese Weise glaubten sie den richtigen Weg zwischen ihrer religiösen Überzeugung und ihrer nationalen Gesinnung gefunden zu haben.“ (Kreisarchiv Cloppenburg: wie Anm. 7a).
- 8) In einem Schreiben des Geheimen Staatspolizeiamtes in Oldenburg vom 2. 4. 1936 (Nr. P 1230/36) waren die Amtshauptleute angewiesen worden, „besonders zum Ausdruck zu bringen, wieviel weiße Zettel bzw. Zettel ohne Kreuz, welche bekanntlich als für die Liste abgegeben gerechnet worden sind, in den dortigen Wahlbezirken gezählt wurden“ (Kreisarchiv Cloppenburg: wie Anm. 7a). — Die Reihenfolge der Gemeinden ist in der Tabelle gegenüber der Vorlage verändert worden.
- 8a) Eine Wahlbeteiligung von 100 % konnte folgenden Grund haben: „Schwerkranke oder am Laufen verhinderte Personen werden von den Bürgermeistern bzw. Wahlvorstehern als 'behindert' in den Stimmlisten geführt und von der Anzahl der Wahlberechtigten abgesetzt.“ (Amtshauptmann von Cloppenburg an die Bürgermeister 28. 3. 1936: wie Anm. 7a).
- 9) Zur politischen Lage in Visbek: Bernd Koopmeiners, Visbeker standen in Treue zum Kreuz. In: Kuroпка, Zur Sache (wie Anm. 1), S. 153 - 164.
- 10) Es handelt sich bei diesem um den Bauern Johann Bernard Albers (1892 - 1984) (freundliche Auskunft von Herrn Bernd Koopmeiners in Visbek).
- 11) Anton Hillen aus Augustendorf (gest. 1969) war vom 1. 10. 1935 bis 1. 4. 1939 Schulleiter in Rechterfeld (Georg Ansmann, Die Weiterentwicklung der Schule in Rechterfeld von 1924 bis heute. In: Heimatblätter der Oldenburgischen Volkszeitung Jg. 53, Nr. 3, September 1974, S. 10). (Den Hinweis darauf verdanke ich Herrn Koopmeiners.)
- 12) Dieser Hinweis könnte erfolgt sein, weil der Berichterstatter in den Notstandsarbeitern womöglich Nichtzustimmende sah.
- 13) Zur politischen Lage in Goldenstedt: Walter Schultze, Kreuzkampf und Schulkampf in der Gemeinde Goldenstedt. In: Kuroпка, Zur Sache (wie Anm. 1), S. 129 - 136. Dort auch Wahl- und Abstimmungsergebnisse von 1928 - 1938.
- 14) Kaufmann Johannes Meyer aus Goldenstedt-Bahnhof war von 1926 bis zum 1. 10. 1929 und vom 1. 7. 1931 bis Ende 1932 Gemeindevorsteher von Goldenstedt (Walter Schultze, Goldenstedt. Vechta 1965, S. 204). Bei der Landtagswahl am 29. 5. 1932, bei der die NSDAP die Mehrheit der Sitze errang, wurde Meyer als letzter verbliebener Abgeordneter der Landvolkpartei in den Landtag gewählt. Am 16. 6. 1932 stimmte er bei der Wahl der Regierung ebenso wie die beiden DNVP-Abgeordneten für die NS-Regierung Röver. Als die Landtagsmehrheit am 6. 7. 1932 eine unbefristete Vertagung des Landtags beschloß, protestierte Meyer am Tag darauf in einem offenen Brief dagegen und verweigerte der Regierung seitdem seine Unterstützung (Klaus Schaap, Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928 - 1933. Düsseldorf 1978, S. 186, 193, 197 - 199, 208).
- 15) Der Anteil der für die KPD abgegebenen Stimmen hatte in Goldenstedt bei der Reichstagswahl am 31. 7. 1932 6,1 %, am 6. 11. 1932 7,8 % und am 5. 3. 1933 5,1 % betragen (errechnet nach den Wahlergebnissen in: Joachim Kuroпка, Für Wahrheit, Recht und Freiheit - gegen den Nationalsozialismus. Vechta 1983, S. 20).
- 16) Bei diesem handelte es sich um den Peheimer Pfarrer (nicht Vikar!) Gottfried Engels (geb. 20. 4. 1888 in Gronau/Westf., gest. 28. 5. 1961 in Kapellen/Niederrhein). Seit 1924 Kaplan, seit 1926 bis zum 15. 4. 1940 Pfarrer in Peheim, war ihm mit Schreiben vom 27. 8. 1935 Aufenthaltsverbot für Peheim ausgesprochen worden, woraufhin er sich in Goldenstedt aufhielt. Erst Ende 1936 wurde ihm die Rückkehr nach Peheim erlaubt. 1937 ein halbes Jahr in Oldenburg im Gefängnis, 1939 erneut zeitweilig im Gefängnis, wurde er 1940 endgültig ver-
-

- haftet und bis 1944 in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Dachau und im Staatsgefängnis in Hamburg gefangengehalten (freundliche Auskünfte und Hinweise der Herren Willi Baumann - Offizialatsarchiv -, Hermann Klostermann und Hans Schlömer in Vechta). - Vgl. auch Eugen Weiler (Hrsg.), Die Geistlichen in Dachau sowie in anderen Konzentrationslagern und Gefängnissen. Mödling bei Wien 1971, S. 220 und 860 - 866. - Dorfchronik Peheim. Peheim 1986, S. 130, 133 - 136. - Maria Anna Zumholz, „Nein, Herr Minister, das machen wir nicht mit, das lassen wir uns nicht gefallen!“ Kreuzkampf in Molbergen, Vorgeschichte und Folgen. In: Kuroпка, Zur Sache (wie Anm. 1), S. 113 - 128, hier S. 124 - 126.
- 17) Dazu im einzelnen: Joachim Kuroпка (Hrsg.), Zur Sache - Das Kreuz! Vechta 1986.
  - 18) Zitiert nach Kuroпка, Für Wahrheit (wie Anm. 15), S. 137.
  - 19) Berechnet auf der Grundlage des in der Oldenburgischen Volkszeitung am 13. 11. 1933 veröffentlichten Wahlergebnisses.
  - 20) Siehe Anm. 7.
  - 21) Berechnet nach dem in der Oldenburgischen Volkszeitung am 11. 4. 1938 mitgeteilten Ergebnis. Hierbei ist zu beachten, daß das behördenintern mitgeteilte echte Ergebnis von 1936 mit dem veröffentlichten Ergebnis von 1938 verglichen wird. Sollte auch das veröffentlichte Ergebnis von 1938 manipuliert gewesen sein, was nicht auszuschließen ist, so war der Rückgang der Zustimmung vermutlich noch größer. - Aufgrund zahlreicher Berichte beurteilten die „Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934 - 1940“ die Volksabstimmung vom 10. April 1938 folgendermaßen: „Die Abstimmung war in großem Umfange öffentlich, die Auszählung der abgegebenen Stimmen war in allen Fällen geheim. So wurde es möglich, nicht nur den wahren Willen der Abstimmung zu verfälschen, sondern auch die so verfälschten Resultate noch nach Bedarf zu verbessern“ (5. Jahrgang 1938, Neudruck Frankfurt/Main 1980, S. 424). „Wie schon bei früheren Wahlen, kann auch diesmal wieder festgestellt werden: die Abstimmung wird von der Mehrheit des Volkes nicht ernst genommen, ihr Ergebnis als gefälscht bezeichnet“ (S. 426). Inwieweit diese Aussagen auch für das Oldenburger Münsterland gelten können, vermögen noch lebende Zeitgenossen vielleicht zu sagen. - Zum Vergleich die veröffentlichten (also skeptisch zu betrachtenden) Zahlen für das Deutsche Reich: November 1933 92,1 % der abgegebenen Stimmen für die NSDAP-Einheitsliste; 1934 Ja-Stimmen 88,1 % der abgegebenen Stimmen; 1936 Ja 98,8 % der abgegebenen Stimmen; 1938 99 % Ja-Stimmen (wie Anm. 2, S. 99, 156, 272, 438).
  - 22) Karl Dietrich Erdmann, Die Zeit der Weltkriege. Zweiter Teilband. Stuttgart 1976, S. 385 (Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 4/II).
  - 23) So in den Erinnerungen von August Münzebrock, Amtshauptmann in Cloppenburg 1933 - 1945. Cloppenburg 1962 (zit. nach Kuroпка, Für Wahrheit, wie Anm. 15, S. 138).
  - 24) Beispiele bei Kuroпка, Für Wahrheit (wie Anm. 15), S. 134 f.)
  - 25) Geh. Staatspolizeiamt Oldenburg an die Amtshauptleute 8. 5. 1936 (Kreisarchiv Cloppenburg: wie Anm. 7a), abgebildet auf S. 103. - Im übrigen hatte das Oldenburgische Staatsministerium durch Schreiben vom 25. 3. 1936 „An die sämtlichen oldenburgischen Staatsbehörden und Dienststellen sowie an die Gemeinden und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften im Landesteil Oldenburg“ die Erwartung ausgesprochen, „daß alle Beamten, Angestellten und Arbeiter des Staates, der Gemeinden und der öffentlich-rechtlichen Körperschaften am 29. März d. Js. möglichst schon morgens 9 Uhr im Wahllokal anwesend sind und als Erste für den Führer stimmen“ (Kreisarchiv Cloppenburg: wie Anm. 7a).
  - 26) Deutschland-Berichte (wie Anm. 21) 3. Jahrgang 1936, S. 407.

# Zur Geschichte des katholischen Ordens- und Privatschulwesens im Herzogtum Oldenburg unter der konstitutionellen Monarchie

## 1. Das Ordenswesen

Im Zeitpunkt des Abschlusses der für das Verhältnis zwischen Staat und katholischer Kirche im Herzogtum Oldenburg in erster Linie maßgeblichen Konvention von Oliva<sup>1)</sup> bestand die Kirche neben den Missions-Seelsorgestellen in Jever, Oldenburg und Wildeshausen aus 29 Pfarreien<sup>2)</sup>, die weitgehend selbständig nebeneinander nach Benefizialrecht lebten. Höhere kirchliche Organisationseinheiten wie Bischöflicher Stuhl, Domkapitel, Generalvikariat, Priesterseminar, theologische Lehranstalt hatten hier weder Sitz noch Vermögen. Sie waren oldenburgischer Zuständigkeit entrückt, soweit sich ihre Wirksamkeit im Herzogtum nicht unmittelbar auswirkte<sup>3)</sup>. Ebenso fehlten Niederlassungen<sup>4)</sup> klösterlicher Genossenschaften oder Orden i.w.S.<sup>5)</sup>. Die in den Ämtern Vechta und Cloppenburg früher vorhandenen Stifte und Klöster, nämlich das St. Alexanderstift in Vechta, das Franziskanerkloster in Vechta und die Johanniterkommende in Bokesesch waren in den Wirren der Napoleonischen Kriege untergegangen.

Die Konvention und die zu ihrer Ausführung vom Staat erlassenen Verordnungen, nämlich das Normativ<sup>6)</sup> und das Regulativ<sup>7)</sup> erstreckten sich daher im wesentlichen nur auf die im Herzogtum bestehenden Pfarreien. Sie faßten diese unter Einbeziehung der drei Missionsgemeinden zu einem besonderen Teil des Bistums Münster<sup>8)</sup> unter Leitung der neu geschaffenen unmittelbar unter dem Bischof stehenden und mit weitreichenden Zuständigkeiten ausgestatteten Behörde des Bischöflichen Offizialats in Vechta<sup>9)</sup> zusammen. Die Zuständigkeit des nach oldenburgischem Staatskirchenrecht als katholische Kirche des Herzogtums geltenden Offizialatsbezirks und seiner Pfarreien erstreckte sich damit im wesentlichen nur auf die Wahrnehmung der Pfarrseelsorge und die Verwaltung des Kirchenvermögens innerhalb der Pfarreien.

---